

Terroristenjagd in Saudi-Arabien

Hintergründe und Folgen

Iris Glosemeyer

In Washington wird seit Ende Juli 2003 der Kongreßbericht zur Arbeit der nationalen Sicherheitsbehörden im Kontext des 11. September 2001 diskutiert. Dessen Inhalt bringt Saudi-Arabien erneut ins Kreuzfeuer der Kritik. Dabei ist der Anti-Terrorkampf des Regimes in Riad in den letzten Monaten vom Westen nahezu unbemerkt in eine neue Phase getreten und wird mit ungewohnter Intensität geführt. Was konkret tut die Regierung in Riad, um den Terrorismus zu bekämpfen und das Land langfristig aus den Schlagzeilen zu bringen? Und welche Folgen haben die bereits ergriffenen Maßnahmen?

Seit dem terroristischen Anschlag in Riad am 12. Mai 2003, bei dem 34 Menschen getötet wurden, häufen sich Meldungen über Verhaftungen und Auseinandersetzungen zwischen saudischen Sicherheitskräften und mutmaßlichen Terroristen. Faktisch war die Jagd schon am 6. Mai eröffnet worden, nachdem die saudischen Behörden eine Terrorzelle entdeckt und die Steckbriefe von 19 Verdächtigen veröffentlicht hatten. Seither fanden die Sicherheitskräfte bei mindestens 15 Operationen Terrorzellen und Waffenlager in verschiedenen Teilen des Landes. Verdächtige wurden nicht nur in den heiligen Städten Mekka und Medina aufgespürt, sondern auch im Kernland der saudischen Herrscherfamilie und der wahhabitischen Lehre, in Qasim und Riad. Auch im nördlichen Jauf und im südlichen Asir wurden Verdächtige festgenommen oder getötet und Waffen beschlagnahmt. Die einzige Region, in der sie

offenbar keinen Unterschlupf gefunden haben, ist die zum großen Teil von Schiiten bewohnte ölreiche Ostprovinz. Gleichzeitig mit der Verhaftungswelle wurden Hunderte von Predigern von ihren Posten abberufen – wegen mangelhafter fachlicher Qualifikation, wie es hieß.

Terroristenjagd

Die saudischen Sicherheitskräfte gehen offenbar mit großer Härte vor. Viele Verdächtige kommen bei ihrer Verhaftung ums Leben. Einige der Verhafteten – unter ihnen etliche der seit Anfang Mai Gesuchten – zeigen sich gesprächig, was befürchten läßt, daß sie gefoltert werden. Ali Abd al-Rahman al-Faq'asi al-Ghamidi, die Nummer zwei auf der Anfang Mai veröffentlichten Liste, stellte sich dem stellvertretenden Innenminister Prinz Muhammad bin Nayif persönlich, nachdem sich ein promi-

nenter Geistlicher als Vermittler eingeschaltet hatte.

Meldungen, denen zufolge die Mutter von al-Faq'asi es begrüßt, daß sich ihr Sohn gestellt hat, und nach denen einzelne Väter ihre Söhne bei der nächsten Polizeidienststelle abgeben, sofern ihnen deren politische Einstellung verdächtig erscheint, sollen vermutlich die Bevölkerung zu weitestgehender Kooperation mit den Sicherheitsbehörden veranlassen. Sollte es dem Staat im Rahmen der Terrorbekämpfung auf diese Weise tatsächlich gelingen, traditionelle Familienstrukturen und Loyalitäten aufzubrechen, wäre dies allerdings bedenklich. Denn da zivilgesellschaftliche Institutionen weitgehend fehlen, wäre ein einzelner Bürger der Staatsmacht schutzlos ausgeliefert.

Meldungen über Familienmitglieder, die ihre Angehörigen denunzieren, zeugen aber vor allem von aufgeregter Überreaktion. Dies ist der saudischen Exilopposition in London willkommen, um Stimmung gegen die Regierung zu machen. Auf Quellen wie dem Movement for Islamic Reform in Arabia (MIRA) basierende Berichte, wonach die Behörden Familienangehörige von Verdächtigen in Gewahrsam nähmen und die USA der saudischen Regierung eine Liste mit bis zu 12 000 Namen übergeben hätten, sollten mit großer Skepsis bewertet werden. Tatsache ist: In den letzten Monaten wurden Hunderte verhaftet, darunter nicht-saudische Araber, Afrikaner und Asiaten. Da viele von ihnen jünger als 20 Jahre sind, können sie nicht zur ersten Generation islamistischer Terroristen gehören, die wie Usama bin Laden in Afghanistan in den achtziger Jahren als Mujahedin gegen die sowjetische Besatzung kämpften.

Werben um Unterstützung

Der große Eifer, mit dem die saudischen Behörden seit Mai gegen radikale Kräfte vorgehen, deren Existenz lange geleugnet wurde, könnte für massive Unruhe in der Bevölkerung sorgen und unerwünschte

Reaktionen auslösen. Eine verstärkte öffentliche Präsenz hochrangiger Prinzen soll dem entgegenwirken. Es vergeht keine Woche, in der sie nicht die Angehörigen der Sicherheitskräfte loben oder an den Beerdigungen im Dienst getöteter Beamter teilnehmen. Stammesführern, Minderheiten und Reformern wurde seit Monaten vermehrt Aufmerksamkeit durch die Prinzen zuteil.

Die Regierung scheint außerdem erkannt zu haben, daß sich die kulturellen und religiösen Unterschiede innerhalb des Landes nicht länger ignorieren lassen und sich im Kampf gegen den Terrorismus sogar als nützlich erweisen könnten. Riad ließ daher einen beschränkten öffentlichen Diskurs über mögliche Reformen zu, der im Juni in eine viertägige Konferenz mündete. Über 50 Teilnehmer mit unterschiedlichem politischem Hintergrund – darunter Vertreter der schiitischen Minderheit, aber keine Frauen, wie diese kritisch in der Presse anmerkten – unterbreiteten 20 Reformvorschläge zu teilweise heiklen Themen. Darunter Fragen der nationalen Einheit, das Erziehungswesen oder die Rolle des Islam, der Intellektuellen (einschließlich der Islamgelehrten) und der Frauen in der Gesellschaft. Außerdem schlugen sie die Ausweitung und Institutionalisierung des Dialogs vor. Bereits Anfang August wurde letzterer Vorschlag mit der Gründung des »Zentrums für den Ständigen Nationalen Dialog« aufgegriffen, womit die Öffentlichkeit erst einmal wieder ausgeschlossen wurde.

Auch das höchste Gremium der saudischen Geistlichkeit konnte Mitte August zu einer Stellungnahme zu den Sicherheitsmaßnahmen bewegt werden. Es unterstützt darin Kronprinz Abdallahs Versuch, die radikalen Kräfte auch gesellschaftlich zu isolieren. Mehrfach und mit zunehmender Schärfe hatte Kronprinz Abdallah die Bevölkerung aufgefordert, mit den Sicherheitskräften nicht nur im Kampf gegen Terroristen, sondern auch gegen deren Sympathisanten zu kooperieren. Am 14. August erklärte er sogar, es gäbe »keinen Platz für

Neutralität und keinen Raum für Zauderer im Kampf zwischen den guten und den bösen Mächten«. Diese Aussage war vermutlich auch für die amerikanische Öffentlichkeit bestimmt, erinnert sie doch an Präsident Bushs Formulierung nach dem 11. September: »wer nicht für uns ist, ist gegen uns«.

Riad und Washington

Daß die Terrorismusbekämpfung in Saudi-Arabien neue Dimensionen angenommen hat, erklärt sich auch aus dem Stand der saudisch-amerikanischen Beziehungen. Wie schon mehrfach seit dem 11. September 2001 rollt derzeit eine Welle saudi-kritischer Berichte durch die amerikanischen Medien. Ausgelöst wurde sie durch einen Ende Juli 2003 veröffentlichten Kongreßbericht zur Arbeit der Sicherheitsdienste vor und nach den Anschlägen des 11. September. Darin ist unter anderem die Rede von finanzieller und logistischer Unterstützung saudischer Bürger für die 19 Attentäter – darunter 15 Saudis – des 11. September. Darüber hinaus wurden Teile dieses mehr als 800 Seiten starken Berichts nicht zur Veröffentlichung freigegeben. Dies öffnete Spekulationen Tür und Tor. Bald hieß es, die 28 gesperrten Seiten am Ende des Dokuments wären so brisant, daß ihre Publizierung die saudisch-amerikanischen Beziehungen erheblich belasten würde. Prinz Saud bin Faysal, der saudische Außenminister, forderte daraufhin die Freigabe der Informationen, damit seine Regierung sich gegen die Anschuldigungen verteidigen könne. Präsident Bush lehnte dies mit dem Hinweis auf eine potentielle Gefährdung geheimer Ermittlungen ab.

Problematisch für die Regierung in Riad ist die wiederaufflammende Diskussion über die Stabilität des Regimes. Denn sie schreckt ausländische Investoren ab und ist daher gefährlich. Die unerwartet hohen Öleinkünfte der letzten Jahre haben die notwendigen Reformen zwar weniger dringlich erscheinen lassen, aber kaum dazu bei-

getragen, die strukturellen sozioökonomischen Probleme Saudi-Arabiens zu lösen.

Inzwischen nehmen amerikanische Publizisten die Geschäftsbeziehungen zwischen Angehörigen früherer und gegenwärtiger US-Administrationen und der Regierung in Riad unter die Lupe. Die saudisch-amerikanischen Beziehungen könnten ein reiches Reservoir an Wahlkampfthemen für die 2004 anstehenden Präsidentschaftswahlen bieten. Gleichzeitig können sich aber in den USA weder Republikaner noch Demokraten der Erkenntnis verschließen, daß die Invasion im Irak in politischer und finanzieller Hinsicht teurer wird als erwartet. Eine saudische Beteiligung am Wiederaufbau Iraks würde die Kritiker in Washington sicher beschwichtigen.

Saudische Anti-Terrormaßnahmen

Die Frist zwischen dem Abschluß des Kongreßberichts – datiert auf Dezember 2002 – und seiner Veröffentlichung im Juli 2003 bot Riad Raum für Korrekturen. Nicht nur soll die Kooperation von FBI und CIA mit den saudischen Behörden nach den Anschlägen am 12. Mai außerordentlich gut verlaufen sein. Auch die Kooperation mit der jemenitischen Regierung in Sicherheitsfragen wurde verbessert, um den grenzüberschreitenden Schmuggel von Menschen und Waffen in den Griff zu bekommen. Mindestens genauso wichtig ist, daß die saudische Seite versucht, dem Vorwurf zu begegnen, sie finanziere den internationalen Terrorismus. Im August 2003 wurde erstmals ein Gesetz verabschiedet, das die Kontrolle von Finanztransaktionen ermöglicht. Saudi-Arabien reagiert damit endlich auf eine der zentralen internationalen Forderungen zur Terrorbekämpfung.

Darüber hinaus hat Riad nach anfänglicher Weigerung, Verantwortung zu übernehmen, bereits im letzten Jahr Bankkonten von verdächtigen Personen eingefroren und Wohlfahrtsorganisationen und Stiftungen formeller staatlicher Aufsicht unterstellt. Die mehrfach als Geldgeber in die Schlagzeilen geratene politisch-

religiöse Stiftung al-Haramain hat 2002 etliche ihrer Auslandsbüros geschlossen.

Warum erst jetzt?

Angesichts des derzeitigen, an rechtsstaatlichen Maßstäben gemessen bedenklichen Aktionismus der saudischen Behörden drängt sich die Frage auf: Warum erst jetzt? *Erstens* wurden viele Schritte tatsächlich schon vor über einem Jahr unternommen, die absehbare Wirkung des Kongreßberichts hat lediglich das Tempo verschärft. *Zweitens* benötigen einige Maßnahmen einen zeitlichen Vorlauf. Gerade bei sensiblen Fragen sucht das Regime einen breiten gesellschaftlichen Konsens, dessen Herstellung Zeit erfordert. Bis solche Maßnahmen greifen, vergeht weitere Zeit. An der langfristigen konsequenten Umsetzung dieser Maßnahmen wird sich die saudische Regierung messen lassen müssen.

Drittens ist offensichtlich, daß Hinweise auf geplante neue Terroranschläge eine Rolle spielen. Solche Hinweise gab es Ende April 2003, was die Vorgehensweise der Behörden seit Anfang Mai erklärt. Der Anschlag vom 12. Mai wiederum hat der saudischen Regierung die innenpolitische Rechtfertigung dafür geliefert, gegen radikale Kräfte im Land vorzugehen, die eine doppelte Gefahr darstellen. Einerseits könnten sie sich zu einer Bedrohung der innenpolitischen Stabilität entwickeln und andererseits ruft ihre Duldung anhaltende ausländische Kritik hervor. Auch Mitte August, kurz vor dem Anschlag auf das Hauptquartier der UN in Bagdad, gab es Hinweise auf einen neuen Anschlag in Saudi-Arabien.

Viertens erwägt die saudische Regierung offenbar eine kontrollierte Öffnung des politischen Systems und versucht islamistische Extremisten aus dem Weg zu räumen, um das Terrain zu bereiten.

Mögliche Folgen

Den Radikalen bleiben nicht viele Optionen. Sie können entweder innerhalb des Landes zum Gegenangriff übergehen und

die Regierung damit zu einer unangemessen harten Vorgehensweise provozieren. Bestenfalls können sie hoffen, daß die damit verbundenen Eingriffe in als privat angesehene Bereiche das Regime innenpolitisch diskreditieren und neue Fragen nach der innenpolitischen Stabilität aufwerfen. Für die Regierung wäre eine daraus resultierende weitere Verschlechterung des Investitionsklimas ebenso schädlich wie verschärfter Druck aus Washington, denn die Regierung muß unter allen Umständen vermeiden, als von den USA geführte Marionette angesehen zu werden.

Einzeln haben diese Entwicklungen kaum das Potential, Saudi-Arabien zu destabilisieren. Auch kombiniert würden sie zwar nicht zum Sturz des Regimes führen, könnten aber politische und wirtschaftliche Reformen von der Agenda verdrängen und eventuell akut auftretende Krisen verschärfen.

In Saudi-Arabien gesuchte Extremisten könnten auch das Land verlassen und sich wie manche ihrer Mitstreiter einen neuen Operationsraum suchen. Diese Option hatten Mitte der neunziger Jahre Usama bin Laden und seine Anhänger gewählt und damit der saudischen Führung erlaubt, die Augen vor dem Problem zu verschließen. Im Irak, wo die fehlende staatliche Kontrolle ihnen einen weiten Spielraum bietet, sind neben verschiedenen irakischen Widerstandsgruppen bereits seit Monaten einzelne saudische Kämpfer aktiv.

Beim Kampf der Kulturen, den die Extremisten zu führen glauben, stören die UN, internationale Hilfsorganisationen und alle, die ihr simplistisches Freund-Feind-Bild und damit ihre Selbstdefinition in Frage stellen könnten: Wenn die anderen sich weigern, die Rolle des Bösen zu übernehmen, wie können wir dann die Guten sein?

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2003
Alle Rechte vorbehalten

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6364